

03.10.2006 - 10:00 Uhr

Interpharma: Krankenversicherung - Stimmberechtigte wollen mehr Markt

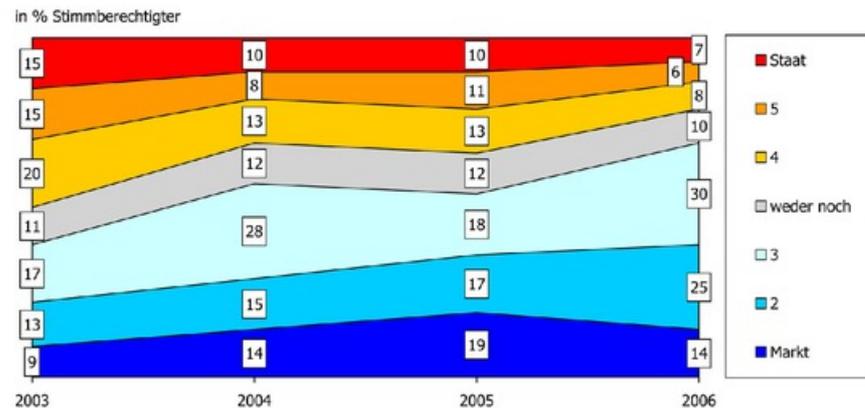


Bilanz und Ausblick Gesundheitspolitik

Trend Wunschvorstellung Gesundheitswesen in der Schweiz

"Bitte sagen Sie mir, welches ein Gesundheitswesen Sie sich in der Schweiz wünschen. Wenn Sie mit dem ersten Teil der Vorgabe übereinstimmen, wählen Sie die Zahl "1" oder nahe bei "1". Wenn Sie mit dem zweiten Teil der Vorgabe übereinstimmen, wählen Sie die Zahl "6" oder eine Zahl nahe bei "6"."

"Möchten Sie ein Gesundheitswesen in der Schweiz, wo der Markt mehr regelt als der Staat, oder wo der Staat mehr regelt als der Markt?"



© gfs.bern, Gesundheitsmonitor 2006 (N = jeweils ca. 1000)

Basel (ots) -

- Hinweis: Eine Infografik ist abrufbar unter <http://www.presseportal.ch/de/story.htx?firmid=100002276> -

Zehn Jahre nach Einführung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) zeichnet sich in der Haltung der Schweizer Stimmberechtigten Bewegung ab. Der gefestigte Trend weist in Richtung mehr Markt. Mehr Markt bezieht sich vor allem auf die Angebotsseite. Punktuell sprechen sich die Stimmberechtigten jedoch auch für eine stärkere Eigenverantwortung aus, was etwa für die ärztliche und nichtärztliche Alternativmedizin gilt. Diese wird zwar breit unterstützt, soll jedoch über die Zusatzversicherung abgegolten werden. Zudem wird von einer wachsenden Mehrheit ein Bonus- Malus-System gefordert. Drastische Einschnitte auf der Leistungsseite werden nach wie vor abgelehnt. Der Gesundheitsmonitor 2006 des gfs.bern, erstellt im Auftrag von Interpharma, zeigt die aktuellen Tendenzen der Stimmberechtigten in gesundheitspolitischen Fragen.

Klarer Trend zu mehr Markt

Zehn Jahre nach seiner Einführung wird das KVG im Jahr 2006 kritischer gesehen und die Akzeptanz ist mit 47% nicht mehr mehrheitlich. Die Grundwerte Qualität und Wahlfreiheit stehen bei den Schweizer Stimmberechtigten hingegen unvermindert hoch auf der Prioritätenliste. Trotzdem zeichnet sich im aktuellen Gesundheitsmonitor ein klarer Trend ab:

69% der Stimmberechtigten sprechen sich für mehr Markt aus. 2005 waren es noch 54%. Von einem Gesundheitsangebot, welches verstärkt marktwirtschaftlich ausgestaltet ist, erhoffen sich die Stimmbürger eine Kostendämpfung.

Eigenverantwortung erhält punktuell wachsende Zustimmung

Die Forderung nach mehr Markt führt "noch" nicht generell zum Wunsch nach mehr individueller Verantwortung. Trotzdem spricht sich eine Mehrheit punktuell für eine verstärkte Eigenverantwortung aus. So geniesst die ärztliche und nichtärztliche Alternativmedizin in der Bevölkerung zwar breite Akzeptanz. Eine wachsende Mehrheit von 60% sieht diese jedoch in der Zusatzversicherung (2005 waren es 51%). Weitere 9% wollen die Alternativmedizin weder in der Grundversicherung noch in der Zusatzversicherung. Auch die Zustimmung zu einem Bonus-Malus-System hat sich gegenüber den Vorjahren nochmals verstärkt: 76% der Befragten befürworten es voll oder eher.

Bedeutende Einschnitte bei der Wahlfreiheit ohne Chance

Drastische Einschnitte bei der Wahlfreiheit stossen bei den Stimmberechtigten weiterhin auf breite Ablehnung, auch wenn dadurch Kosteneinsparungen möglich wären. Dies gilt für die freie Spital- oder Arztwahl genauso wie für die Einschränkung des Leistungskatalogs. Noch deutlicher abgelehnt wird nur noch ein eingeschränkter Zugang zu neuen Therapien und Medikamenten, wo die Ablehnung im Vergleich zu 2005 von 54% auf neu 65% der Befragten stieg. Diese massive Ablehnung steht im Einklang mit der Haltung gegenüber der zurzeit diskutierten Beschränkung der Krebsmedizin: 100 Prozent der Befragten sind voll oder ganz der Meinung, Medikamente gegen Krebs müssten allen Menschen zur Verfügung stehen.

Für- und Gegenargumente zur Einheitskasse potenziell mehrheitsfähig

Die Meinungen zur Volksinitiative "für eine soziale Einheitskrankenkasse" sind noch nicht gemacht. Sowohl die Befürworter wie auch die Gegner können sich auf mehrheitsfähige Argumente stützen. Auf der Pro-Seite haben das Argument der möglichen Kostenverringerung für Kassen und Versicherte, die Systemvereinfachung mit nur noch einer Kasse und mehr Transparenz mehrheitliche Unterstützung. Dennoch ist die zentrale Stossrichtung der Initiative umstritten. So ist eine Mehrheit der Befragten der Meinung, dass mit der Einheitskasse die Konkurrenz entfällt, welche die Kassen zwingt, ihre Leistungen laufend zu verbessern. Auch stimmt eine Mehrheit dem Argument zu, dass Reformen nötig sind, diese jedoch in Richtung Förderung wirtschaftlicher Anreize, Flexibilisierung und mehr Wettbewerb gehen sollten.

Bekanntnis zu einem starken Forschungs- und Pharmastandort

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Pharmabranche für die Schweiz wird weiterhin als sehr hoch eingeschätzt. 93% stufen sie als sehr bedeutend oder ziemlich bedeutend ein (im Jahr 2005: 86%). Im Branchenvergleich rangiert die Pharmabranche gleich hinter den Banken auf Rang 2.

Die Datenbasis

Der "Gesundheitsmonitor 2006" basiert auf einer Befragung von 1203 Stimmberechtigten mittels persönlicher Interviews in Deutsch, Französisch und Italienisch von ca. 50 Minuten Länge. Für die Trendanalysen stehen nun kumulierte Daten von rund 10 960 Interviews seit 1997 zur Verfügung.

Kontakt:

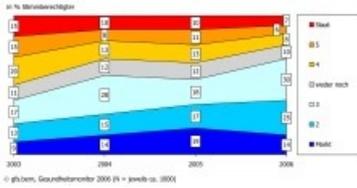
Interpharma
Thomas B. Cueni
Generalsekretär
Tel. +41/61/264'34'00
Mobile +41/79/322'58'17
E-Mail: info@interpharma.ch

Medieninhalte

Trend Wunschvorstellung Gesundheitswesen in der Schweiz

"Bitte sagen Sie mir, wieviel ein Gesundheitswesen Sie sich in der Schweiz wünschen. Wenn Sie mit dem ersten Teil der Frage nicht übereinstimmen, wählen Sie die Zahl '1' oder nahe bei '1'. Wenn Sie mit dem zweiten Teil der Frage nicht übereinstimmen, wählen Sie die Zahl '5' oder eine Zahl nahe bei '5'."

"Wären Sie ein Gesundheitswesen in der Schweiz, wo der Markt mehr regelt als die Staat, oder wo der Staat mehr regelt als der Markt?"



Trend Wunschvorstellung Gesundheitswesen in der Schweiz. Weiterer Text über ots. Die Verwendung dieses Bildes ist für redaktionelle Zwecke honorarfrei. Abdruck bitte unter Quellenangabe: "ogs/Interpharma"

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100002276/100517012> abgerufen werden.